

Ost-Ausschuss Informationen 4/2021

43

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion als Mahnung und Verpflichtung

Ein Essay von Oliver Hermes,
Vorsitzender des Ost-Ausschusses

45

Zwischen Rekordernte und Protektionismus

Russland will seinen Agrarsektor stärken, schwächt sich aber selbst durch Wettbewerbsverzerrungen

46

Eine Reise in die deutsche Arbeitswelt

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans

47

Ost-Ausschuss in Kürze

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion als Mahnung und Verpflichtung

Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes erinnert in einem Essay an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion vor 80 Jahren und die Mitverantwortung der Wirtschaft. Dies verpflichte zur Aussöhnung und Verständigung mit Russland und den anderen Ländern der Region.

Vor gut 80 Jahren, am 22. Juni 1941, begann mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion ein besonders blutiges und grausames Kapitel des Zweiten Weltkriegs. Die deutsche Kriegsführung im Osten und die von Deutschen dabei begangenen unvorstellbaren Verbrechen sind tief im kollektiven Gedächtnis der Staaten Osteuropas verwurzelt. Für uns Deutsche bleibt dieser grauenvolle Krieg Mahnung und Verpflichtung zugleich, die Aussöhnung und Verständigung mit Russland und den anderen Ländern der Region zu einer unverrückbaren Leitlinie unserer Politik zu machen.

Als Vernichtungskrieg geplant

Der deutsche Feldzug gegen die Sowjetunion war von Anfang an als Vernichtungskrieg angelegt. Mit der Vertreibung und Ermordung nationaler Eliten, der gezielten Vernichtung der osteuropäischen Juden, der Hungerblockade von Leningrad oder dem Kommissarbefehl haben Deutsche unvorstellbares Leid über Russland und die anderen Staaten der Sowjetunion gebracht. Über 24 Millionen Tote hatte die Sowjetunion am Ende zu beklagen. Dies darf niemals vergessen werden.

Der Krieg in Mittel- und Osteuropa hatte bereits am 1. September 1939 mit dem deutschen Überfall auf Polen begonnen. Am 22. Juni 1941 folgte dann der deutsche Angriff auf die Sowjetunion. Neben Polen wurde dadurch vor allem das heutige Territorium von Westrussland, Belarus, der Ukraine und Moldaus sowie die baltischen Staaten und sogar Teile Georgiens zum Kriegsschauplatz und Ort schlimmster deutscher Verbrechen durch die Versklavung und Ermordung der dortigen Eliten, von Minderheiten und ganzer Volksgruppen.

Mitverantwortung der Wirtschaft

Dafür trägt auch die damalige deutsche Wirtschaft eine erhebliche Mitverantwortung. Viel zu viele deutsche Unternehmen waren Teil und Profiteure des Krieges im Osten, ob als Produzenten militärischer Güter, Bezieher von Rohstoffen oder durch die Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Es ist daher auch eine historische Verantwortung für die heutige deutsche Wirtschaft, als wichtige gesellschaftliche Kraft, Brücken nach Osteuropa zu schlagen und auszubauen.

Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden politischen Spannungen zwischen Russland auf der einen und der EU auf der anderen Seite müssen wir auch von Seiten der Wirtschaft weiter darauf hinarbeiten, dass Verständigung möglich bleibt. „In dieser schwierigen Phase unserer Beziehungen müssen wir darauf achten, dass nicht alle Verbindungen abreißen“, hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dem Ost-Ausschuss bei unserem Virtuellen Jahresauftakt am 25. Februar ins Stammbuch geschrieben. Die Bundesbürger wünschen sich mehrheitlich eine engere Kooperation zwischen der EU und Russland, hat eine aktuelle Forsa-Umfrage im Auftrag des Ost-Ausschusses ergeben. Unter dem Gesichtspunkt der Verständigung ist es auch zu begrüßen, dass US-Präsident Joe Biden und der russische Präsident Wladimir Putin im Juni in Genf miteinander gesprochen haben, auch wenn die Differenzen groß bleiben. Dialog ist immer besser als Sprachlosigkeit.



Der Ost-Ausschuss hat bereits seit seiner Gründung im Jahr 1952 den Versöhnungsprozess vorangetrieben und früh Netzwerke in die Sowjetunion geknüpft. Der wirtschaftliche Brückenschlag nach Osten ist seit fast 70 Jahren ein Kernanliegen des Ost-Ausschusses. Die enge und weiter wachsende wirtschaftliche Verflechtung mit Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist ein aktiver Beitrag zur Friedenssicherung und Verständigung. Tausende deutsche Unternehmen sind heute in der Region erfolgreich. Aus Gegnern sind Geschäftspartner und vielfach Freunde geworden. Dass uns Angehörige von Staaten die Hand gereicht haben, gegen die Deutschland entsetzliche Kriege geführt hat, ist und bleibt ein Wunder. Für diese zweite Chance müssen wir diesen Ländern immer dankbar sein.

Umso mehr sollten wir allen weltwirtschaftlichen Entkoppelungstendenzen widerstehen. Decoupling bedeutet, dass multinationale Kooperationen stärker abnehmen, Allianzen bröckeln, wirtschaftliche Brücken zwischen Staaten und damit auch politisch unterschiedlichen Systemen zerstört werden. Wir müssen daher alles dafür tun, Mauern einzureißen, anstatt neue zu errichten. Viele aktuelle Herausforderungen wie der Klimawandel, die Sicherung der Welternährung oder die Digitalisierung Europas lassen sich nur mit starken Partnern meistern. Dabei sollten wir nicht nur nach Lateinamerika oder in den Indo-Pazifik schauen, sondern vor unserer eigenen Haustür anfangen und das Erfolgsmodell der wirtschaftlichen Integration Osteuropas weiter vorantreiben. Unsere Vision bleibt ein Wirtschafts- und Friedensraum von Lissabon bis Wladiwostok. Dies ist zugleich unser historischer Auftrag wie das Gebot vorausschauender Wirtschaftspolitik.

Oliver Hermes

Vorsitzender des Ost-Ausschusses
der Deutschen Wirtschaft

Mahnung und Verpflichtung: Sowjetisches Ehrenmal in Schönholz. Foto: A. Metz

Zwischen Rekordernte und Protektionismus

Russland will seinen Agrarsektor stärken, schwächt sich aber selbst durch Wettbewerbsverzerrungen

Der Blick auf den russischen Agrarsektor gibt ein gemischtes Bild ab: 2020 bewegten sich die Getreideerträge erneut auf einem Rekordniveau von 133 Millionen Tonnen (2019: 121,3 Millionen Tonnen). Neben der Ackerwirtschaft expandierte auch die Viehwirtschaft und hier insbesondere die Milch- und Schweinefleischproduktion. Gleichzeitig aber musste im Herbst 2020 das Agrarministerium das von Präsident Wladimir Putin im Mai 2018 vorgegebene Ziel der Verdopplung der Agrarexporte auf 45 Milliarden US-Dollar bis zum Jahr 2024 einkassieren. Dies soll nunmehr bis 2030 erreicht werden. Außerdem machen sich neben Corona-bedingten Preissteigerungen weiterhin auch Wettbewerbs- und Marktverzerrungen bemerkbar, die durch das russische Embargo gegen Lebensmittel aus der EU entstanden sind: Ohne ausländische Konkurrenz sinkt der Preisdruck für Lebensmittel – was sich entsprechend in steigenden Preisen niederschlägt, die vor allem die ärmere Bevölkerung belasten (die einen überproportional hohen Teil ihrer sinkenden Einkommen für teurer werdende Grundnahrungsmittel ausgeben muss).

Ausfuhrzölle führen zu Verkaufspanik

Die umfangreichen (wenn auch zukünftig sinkenden) Zuweisungen aus dem Staatshaushalt an Agrarproduzenten (2020 umgerechnet 3,3 Milliarden Euro) fördern die Produktion, tragen aber nur eingeschränkt zur Gesundung der russischen Wirtschaft bei. Mangelnde Staatseinnahmen und zahlreiche Subventionszusagen lassen den Staat nach neuen Einnahmen suchen – was sich auch für Landwirte rächt: So verlangt der russische Staat seit dem 15. Februar 2021 Ausfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte (50 Euro pro Tonne Weizen), was unter Agrarproduzenten teilweise zu Verkaufspanik führte – in der Sorge, nicht mehr an den guten Getreidepreisen im Ausland verdienen zu können.

Zusätzliche Einnahmen verspricht sich der russische Staat zudem durch eine Erhöhung der „Entsorgungsgebühr“ – ein Posten, der nur bei Käufen ausländischer Landtechnik mit bis zu mehreren Tausend Euro zu Buche schlägt. Russische Agrarproduzenten werden dadurch in ihrer Wahl der besten Technik eingeschränkt und produzieren letztlich weniger effizient. Diese Phänomene – Ausfuhrzölle und „Entsorgungsgebühr“ – stehen beispielhaft für den Protektionismus, der Russlands Handelspolitik seit Längerem prägt und auch auf andere wichtige Handelszweige, insbesondere Hochqualitätssaatgut, ausstrahlt.

Gleichzeitig ist die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) mit ihrem Anspruch, einen ungehinderten Warenverkehr zwischen den Mitgliedern Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Armenien zu gewährleisten, vorerst gescheitert: Mit Hinweis auf unzureichende phytosanitäre Dokumentation hat Russlands Phytosanitärbehörde Rosselchoshnadsor im Frühjahr 2021 die Einfuhr von Kartoffeln aus Kasachstan bis auf Weiteres gestoppt. Russland befürchtet zudem die Einfuhr von sanktionierten EU-Lebensmitteln und unterläuft damit den Grundgedanken der EAWU eines Binnenmarkts mit freiem Warenverkehr.

Beide Felder – Russlands nationale Agrarpolitik als auch Entwicklungen innerhalb der EAWU – bleiben angesichts der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen eine Herausforderung für in der Region engagierte Unternehmen.

Dr. Per Brodersen

Geschäftsführer German Agribusiness Alliance / Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
p.brodersen@oa-ev.de

Wettbewerbsverzerrungen schwächen die russische Landwirtschaft. Foto: IMAGO / ITAR-TASS



Eine Reise in die deutsche Arbeitswelt

Trotz der Hindernisse der Corona-Krise konnte der Ost-Ausschuss Ende Juni im Rahmen des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans 50 Stipendiaten in Deutschland begrüßen. Diese begannen Anfang Juli ihre Praktika in deutschen Unternehmen.

Nach intensiver Vorbereitung und Planung konnten am 21. Juni 50 der insgesamt 61 Stipendiaten des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft nach Deutschland reisen. Diese waren in einem dreistufigen Bewerbungsprozess aus insgesamt 1.100 Bewerbungen für ein Praktikum in Unternehmen in Deutschland ausgewählt worden. Die Stipendiaten aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien haben die einmalige Gelegenheit, praxisorientierte Erfahrungen in Unternehmen zu sammeln, ihr theoretisches Wissen anzuwenden und zugleich ihre interkulturellen Kompetenzen, Deutschkenntnisse und Soft Skills zu stärken.

Einführungswoche zur Vorbereitung

Doch bevor die Reise in die deutsche Arbeitswelt beginnen konnte, nahmen die Stipendiaten Ende Juni an der traditionellen Einführungswoche in Wandlitz und Berlin teil. Die Vorbereitungszeit zielt darauf ab, die Stipendiaten optimal auf ihre Zeit in Deutschland vorzubereiten und somit auch die Unternehmen darin zu unterstützen, die dringendsten Fragen vorab zu klären. Angeleitet durch das Projektteam fanden in dieser Zeit Workshops, geschichtliche Führungen und Exkursionen statt.

Dass das Stipendienprogramm hochrangig bei der Bundesregierung angesiedelt ist, bewies das Treffen mit Christiane Hullmann, Leiterin der Abteilung Westlicher Balkan beim Auswärtigen Amt. In der Diskussion wurde zum einen die Politik der Bundesregierung bezüglich der Länder des Westlichen Balkans, die Bedeutung der regionalen Kooperation, aber auch mit der EU sowie der Gipfel der Länder des Westlichen Balkans im Rahmen des Berlin Prozesses diskutiert.

„Generationsfamilie“ wächst zusammen

Wesentliches Ziel der Einführungswoche ist das Zusammenwachsen der Stipendiaten zu einer „Generationsfamilie“. Angesichts der Konflikte in der Region gilt es in kürzester Zeit, Vorurteile abzubauen, Stereotype zu durchbrechen, sich kennenzulernen und vor allem die Grundlage für ein dauerhaftes Zusammenwachsen und damit auch für eine Integration in das regionale Alumninetzwerk zu schaffen. Dieses Alumninetzwerk mit inzwischen mehr als 830 Ehemaligen bildet das Herzstück des Stipendienprogramms. Die Alumni, die zum Großteil in Führungspositionen in der Region beschäftigt sind, tragen zur regionalen wirtschaftlichen Kooperation, aber auch zur regionalen Versöhnung bei. Die deutsche Wirtschaft und ihre Töchterunternehmen, aber auch andere Unternehmen und Institutionen können hieraus einen elementaren Mehrwert erzielen.

Ein besonderer Dank gilt auch in diesem Jahr den Unternehmen, den Partnern des Programms sowie den Vertretern der Bundesregierung, die trotz der Corona-Krise und den damit verbundenen Herausforderungen das Programm bei der Umsetzung unterstützt haben.

Jirco Böttcher, Antje Müller

Zoran Djindjic Stipendienprogramm
der Deutschen Wirtschaft

Unternehmen mit einem Interesse an jungen Nachwuchskräften, Expansionsplänen in den Ländern des Westlichen Balkans, dem Wunsch, das Firmennetzwerk zu erweitern und/oder Weiterbildungsmöglichkeiten für Alumni anzubieten, sind herzlich eingeladen, weitere Informationen von der verantwortlichen Programmleiterin Antje Müller zu erhalten:
a.mueller@oa-ev.de

Die Stipendiatengeneration 2021 vor dem Berliner Reichstag. Foto: Ost-Ausschuss





Oliver Hermes eröffnete gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier das Wirtschaftsforum zum Westlichen Balkan. Foto: Ost-Ausschuss

„Integraler Bestandteil Europas“

Anlässlich des Treffens der Wirtschaftsminister der Länder des Westlichen Balkans eröffnete der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes am 30. Juni gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ein virtuelles Wirtschaftsforum, das das Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag organisierte. An dem Forum, das im Rahmen des Berlin-Prozesses stattfand, nahmen neben Wirtschaftsministern aus der Region zahlreiche Unternehmensvertreter teil. „Regionale Kooperation und Integration sowie die EU-Beitrittsperspektive sind aus unserer Sicht ein Schlüssel für die wirtschaftliche Prosperität der Länder des Westlichen Balkans“, sagte Oliver Hermes in seinem Grußwort. Dazu kämen günstige Investitionsbedingungen: „Gute, verlässliche Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit, transparente bürokratische Prozesse, Korruptionsfreiheit – dies sind entscheidende Voraussetzungen für Investitionen.“

Außenhandel mit Osteuropa kommt weiter in Schwung

Der deutsche Außenhandel mit Osteuropa kommt weiter in Schwung und erreicht wieder das Niveau von vor der Corona-Krise. Im Juni 2021 stiegen die deutschen Ausfuhren in wichtige Absatzmärkte wie Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien und Russland gegenüber Juni 2020 um mehr als ein Viertel. Im ersten Halbjahr 2021 waren die Exporte in die 29 Staaten Mittel- und Osteuropas um gut 24 Prozent höher als im Vorjahr und immerhin gut sechs Prozent höher als im ersten Halbjahr 2019. „Die enge Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Region, auf die fast ein Fünftel des deutschen Außenhandels entfällt, macht sich einmal mehr bezahlt. Die Wertschöpfungsketten der deutschen Industrie mit der Region sind intakt und werden weiter ausgebaut“, sagte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes zu den Zahlen.

Zentralasien auf dem Weg aus der Corona-Krise

Zentralasien lässt die negativen Auswirkungen der Corona-Krise zunehmend hinter sich: Im zweiten Pandemiejahr hat sich die Geschäftslage der deutschen Unternehmen in Kasachstan und Usbekistan deutlich stabilisiert. Dies ist ein Ergebnis einer Umfrage unter deutschen Unternehmen in Kasachstan und Usbekistan, die von der Delegation der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien und dem Ost-Ausschuss Ende Juni vorgestellt wurde. Rund die Hälfte der 57 befragten Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage mit gut (49 Prozent) – dies sind doppelt so viele wie im Vorjahr. Nur 3,5 Prozent bezeichnen ihre Lage als schlecht – vor Jahresfrist waren es vier Mal so viele (13 Prozent).

Mitglieder-News

Auf der Mitgliederversammlung des Ost-Ausschusses am 9. Juni wurde Prof. Klaus-Dieter Maubach, Vorsitzender des Vorstands der Uniper SE, nach erfolgreicher Wahl in den Vorstand aufgenommen. In der Präsidiumssitzung wurde Rolf Najork, Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, in das Ost-Ausschuss-Präsidium gewählt.

Der Ost-Ausschuss hat am 9. Juni zudem neun **neue Mitgliedsunternehmen** aufgenommen, die wir herzlich begrüßen:

- Becker Mining Europe GmbH
- UNYLECTA
- Degussa Goldhandel GmbH
- Fährhafen Sassnitz GmbH/Mukran Port
- Josef Schmelter GmbH
- Meesenburg Grosshandel KG
- NOTUS energy GmbH
- Seib GmbH
- Trützschler GmbH & Co. KG

Der deutsche Entsorger **Remondis International plant** weitere Investitionen in Millionenhöhe in der russischen Region Mordwinien. Bis 2024 sollen je eine Anlage für Mülltrennung und Kompostierung, eine Deponie für feste Siedlungsabfälle und Abfall-Umladestationen entstehen, auch eine Anlage zur Herstellung alternativer Brennstoffe ist geplant.

Der deutsche Elektrotechnikerhersteller **Phoenix Contact** hat in seinem Werk im Moskauer Gebiet mit der Herstellung von Federklemmen für Aufzüge begonnen. Durch die neue Produktion wurde der Lokalisierungsanteil im russischen Aufzugbau stark erhöht. Zuvor lag der Importanteil bei bis zu 85 Prozent.